

Jahrespressekonferenz der bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften

München, 15. April 2015

Dr. Alexander Büchel

WP/StB/RA
Mitglied des Vorstands

Es gilt das gesprochene Wort.

Alle Unterlagen finden Sie auf:
<https://www.gv-bayern.de/presse>



Folie 1

Begrüßung

Die bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften verzeichnen im Jahr 2014 eine insgesamt solide Geschäftsentwicklung. Die 750 ländlichen und 213 gewerblichen Genossenschaften sowie die vier Zentralen und 67 Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 12,19 Milliarden Euro. Das bedeutet ein Plus von 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2013: 11,87 Milliarden Euro). Damit sind die bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften – wie die bayerische Wirtschaft insgesamt – weiter auf Wachstumskurs.

Folie 2

Mit einem Ergebnis vor Steuern von 191,68 Millionen Euro (Vorjahr: 220,20 Millionen Euro) mussten die Genossenschaften jedoch im Vergleich zum Vorjahr einen Ergebnismrückgang ausweisen. Dieser liegt in den zum Jahresende rückläufigen Margen der Molkereien begründet. Hierauf werde ich später noch eingehen.

Viel wichtiger ist aber: Die bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften und ihre rund 677.000 Mitglieder bleiben Triebfeder der regionalen Wirtschaftskreisläufe. Sie sind in 35 Branchen und über alle Wertschöpfungsstufen hinweg breit aufgestellt. Damit tragen sie ganz wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung in allen Regionen des Freistaats bei.

Mit rund 18.000 Mitarbeitern sind die bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften in fast allen wichtigen Wirtschaftsbranchen vertreten. Dazu gehören die Land- und Milchwirtschaft, das ländliche Warengeschäft genauso wie das Handwerk und der Handel, die Energieerzeugung- und versorgung oder das Gesundheitswesen. Gleichzeitig sind die Genossenschaften oft entlang der gesamten Wertschöpfungskette in den jeweiligen Branchen als Güterhersteller und Dienstleister tätig.

Es wäre deshalb zu kurz gegriffen, die wirtschaftliche Bedeutung der bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften allein an betriebswirtschaftlichen Kennzahlen festzumachen. In meiner Rede möchte ich deswegen neben dem

Zahlenwerk des abgelaufenen Geschäftsjahrs auch ein Augenmerk auf die erwähnte Triebfeder-Funktion der Genossenschaften richten. Dazu werde ich einige Branchen exemplarisch herausgreifen:

Folie 3 Ich möchte im Folgenden

- I. die Geschäftsentwicklung der bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften im Jahr 2014 erläutern;
- II. die Bedeutung des Raiffeisen-Warenhandels für die regionale Wirtschaft hervorheben und auf seine aktuellen Herausforderungen eingehen;
- III. die Situation der genossenschaftlichen Milchwirtschaft im Jahr 2015 bewerten;
- IV. die bayerischen Energiegenossenschaften im Kontext der aktuellen politischen Diskussion zur Energiewende thematisieren
- V. und abschließend drohende Veränderungen bei den Rechnungslegungsvorschriften für kleine und mittlere Unternehmen in Bayern ansprechen.

Folie 4 **I. Die Geschäftsentwicklung der bayerischen
Waren- und Dienstleistungs-
genossenschaften im Jahr 2014**

Folie 5 1. Ländliche Waren- und Dienstleistungs-
genossenschaften

Die ländlichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften sowie die Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft konnten ihren Gesamtumsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr um 1,0 Prozent auf 6,31 Milliarden Euro (Vorjahr: 6,25 Milliarden Euro) steigern. Die Entwicklung in den einzelnen Branchen stellt sich wie folgt dar:

Milchwirtschaft

Die 163 Milchgenossenschaften erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 3,42 Milliarden Euro (+2,3 Prozent). Davon wurden 2,60 Milliarden Euro in den 21 genossenschaftlichen Molkereien und Sennereien umgesetzt (+3,8 Prozent).

Trotz des rückläufigen Spotmarktpreises für Milch konnten die Milchgenossenschaften in der ersten Jahreshälfte 2014 noch steigende Umsätze verzeichnen. Denn sie rechnen zu Handelspreisen

ab, die dem Spotmarktpreis insgesamt folgen. So sind die Preise im Lebensmitteleinzelhandel erst im Mai 2014 zurückgegangen, während der Spotmarktpreis bereits seit Januar 2014 von damals über 44 Cent/kg auf weniger als 25 Cent/kg im Dezember 2014 gesunken ist.

Wie ich eingangs erwähnte, hatten die Milchgenossenschaften trotz des Umsatzwachstums aber eine Ergebnisabschmelzung zu verzeichnen. Sie erlöstten rund 18 Millionen Euro weniger. Das ist auf einen Rückgang der Marge zurückzuführen. Denn die Handelspreise für Milch sind schneller gesunken als der Milchauszahlungspreis in Bayern.

Raiffeisen-Warengeschäft

Im Raiffeisen-Warengeschäft erreichten die 32 Bezugs- und Absatzgenossenschaften und 67 Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft sowie die 11 sonstigen ländlichen Handelsbetriebe einen Umsatz in Höhe von 1,36 Milliarden Euro (-3,1 Prozent). Der Umsatzrückgang im Agrarhandel liegt in den im Jahr 2014 rückläufigen Preisen begründet. Die Getreidepreise sind in 2014 aufgrund einer sehr guten Ernte in Deutschland und eines weltweit hohen

Getreidebestands gesunken. Die Preise für Treib- und Schmierstoffe folgen dem seit Sommer 2014 anhaltenden Trend sinkender Rohölpreise. Die Düngemittel haben sich in 2014 unter anderem aufgrund von Überkapazitäten am weltweiten Stickstoffmarkt weiter leicht verbilligt.

Vieh-, Fleisch- und Zuchtgenossenschaften

Die 13 genossenschaftlichen Unternehmen im Handel mit Zucht- und Schlachttieren verzeichneten im Jahr 2014 einen Umsatz von 646 Millionen Euro. Dank einer Steigerung der Absatzmenge wuchs das Geschäft trotz rückläufiger Preise im Vergleich zum Vorjahr leicht (+0,7 Prozent).

Energie

Auch die 255 Energiegenossenschaften blicken auf eine insgesamt solide Geschäftsentwicklung im Jahr 2014 zurück. Die Umsätze stiegen um 1,9 Prozent auf 454 Millionen Euro. Insbesondere die Umsätze bei den Photovoltaikgenossenschaften legten zu. Dagegen verzeichnete die Gruppe der Energieversorgungsgenossenschaften bedingt durch

gesunkene Gaspreise einen leichten Umsatzrückgang.

Folie 6

2. Gewerbliche Waren- und Dienstleistungs-
genossenschaften

Die gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften steigerten ihren Gesamtumsatz im Jahr 2014 auf 5,88 Milliarden Euro (ohne Zentralen). Das bedeutet einen Zuwachs von 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2013: 5,62 Milliarden Euro). Hier möchte ich auch heuer die Entwicklung in zwei zentralen Bereichen herausgreifen:

Handels- und Dienstleistungsgenossenschaften

Die 48 Handelsgenossenschaften setzten 4,19 Milliarden Euro um. Damit steigerten sie den Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 7,0 Prozent (2013: 3,92 Milliarden Euro).

Handwerk

Dagegen blicken die 37 bayerischen Handwerksgenossenschaften auf ein durchschnittliches Geschäftsjahr zurück. Die Umsätze gingen über die verschiedenen Branchen hinweg um 3,9 Prozent auf 692 Millionen Euro zurück. Die Geschäftslage im Handwerk ist aber im Mehrjahresvergleich insgesamt gut.

Folie 7

3. Mitgliederentwicklung 2014

Bevor ich zum Ausblick auf das laufende Geschäftsjahr komme, möchte ich Sie über die Genossenschaftsgründungen und -liquidationen im Jahr 2014 informieren.

Insgesamt wurden 31 Genossenschaften gegründet. Darunter waren unter anderem fünf Unternehmen im Bereich Marketing und Beratung und jeweils drei in den Bereichen Handel sowie Soziales und Kultur. Ein Großteil, nämlich 16 Genossenschaften, entstand im Energiebereich. Die Neugründungen verteilten sich wie folgt auf die bayerischen Regionen: zehn Genossenschaften nahmen in Oberbayern, sechs in

Folie 8

Mittelfranken, fünf in Schwaben, jeweils drei in der Oberpfalz und in Unterfranken, jeweils zwei in Oberfranken und in Niederbayern ihre Arbeit auf.

Den Neugründungen standen im Jahr 2014 28 Liquidationseröffnungen gegenüber. Liquidationen werden dann durchgeführt, wenn der Geschäftszweck der Genossenschaft – also die Förderung der Mitgliederinteressen – abschließend erfüllt ist oder die Geschäftsgrundlage entfällt. So wurde im Jahr 2014 damit begonnen, Genossenschaften in den Sektoren Milch, Holz, Brennerei und Dienstleistungen aufzulösen. Zudem wurden acht Genossenschaften mit anderen Genossenschaften verschmolzen. Darunter fielen sechs Kreditgenossenschaften.

Unter dem Strich stieg die Zahl der im GVB vertretenen Mitgliedsunternehmen (inklusive Kreditinstitute) im Jahr 2014 jedoch auf 1.294 (Vorjahr: 1.283).

*Folie 9*4. Ausblick 2015

Meine Damen und Herren, anknüpfend an das solide Geschäftsjahr 2014 sind die bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften mehrheitlich optimistisch in das Jahr 2015 gestartet. Das Geschäftsklima der gewerblichen Wirtschaft in Bayern ist gut – das bestätigt auch der entsprechende Ifo-Index. Die Geschäftslage hat sich danach zu Jahresbeginn weiter verbessert und die Erwartungen haben sich stabilisiert. Hier halten sich positive und negative Stimmen die Waage.

Für das Jahr 2015 stehen die konjunkturellen Vorzeichen in Bayern also insgesamt gut. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dürfte weiterhin vom äußerst niedrigen Zinsniveau profitieren. Daneben stimulieren die anhaltend niedrigen Energiepreise sowie die positive Arbeitsmarktentwicklung den Konsum. Darüber hinaus stützt der gesunkene Außenwert des Euro den Export. Unter diesen Bedingungen dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,2 Prozent wachsen. Die Genossenschaften trugen durch ihre Geschäftsaktivitäten dazu bei, dass

der Aufschwung auch in den ländlichen Regionen ankommt.

Folie 10 **II. Die Bedeutung des Raiffeisen-Warenhandels für die regionale Wirtschaft und seine Herausforderungen**

Folie 11 Eine Triebfeder der regionalen Wirtschaftsentwicklung sind auch im Jahr 2015 die 99 Raiffeisen-Warenbetriebe in Bayern. Dazu gehören 67 Kreditgenossenschaften mit Warenhandel. Hinzu kommen 32 Raiffeisen-Handelsbetriebe.

Die Raiffeisen-Warenbetriebe im Freistaat bilden ein Netz aus rund 340 Standorten. In jedem bayerischen Landkreis gibt es durchschnittlich fünf Standorte von Raiffeisen-Warengenossenschaften. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil der ländlichen Nahversorgung.

Im Warenhandel werden jährlich rund 1,4 Milliarden Euro umgesetzt. Zur Einordnung: Jeder bayerische Bürger gibt jährlich im Schnitt 110 Euro bei Raiffeisen-Warengenossenschaften aus. Er kann dort von Bau- und Gartenmaterialien über

Heimwerkerutensilien bis hin zu Waren des täglichen Bedarfs nahezu alles erwerben. Ungeachtet dessen sind die Landwirte für den Raiffeisen-Warenhandel die wichtigsten Partner. Sie sind Lieferanten landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Abnehmer wichtiger Produktionsmittel. Das Investitionsvolumen des Raiffeisen-Warenhandels betrug im Jahr 2014 rund 16 Millionen Euro.

*Folie 12 Genossenschaftlicher Agrarhandel in
„Sandwichposition“*

Dennoch steht der Agrarhandel derzeit vor Herausforderungen: Viele größere landwirtschaftliche Betriebe bauen ihre eigenen Getreidelagerkapazitäten aus. Sie sind weniger auf die Lager- und Vermarktungsfunktionen des Agrarhandels angewiesen.

Der genossenschaftliche Agrarhandel steht entsprechend vor der Herausforderung, die Mittlerfunktion zwischen Landwirtschaft und Industrie zu bewahren. Denn bedingt durch neue Informationstechnologien sinken Informations- und Transaktionskosten und eine größere

Markttransparenz vereinfacht es den Erzeugern, selbst als Anbieter auf dem Markt aufzutreten.

Anbieter landwirtschaftlicher Vorleistungen versuchen zudem, die landwirtschaftlichen Kunden stärker zu binden – zum Beispiel durch Bonusprogramme, einen speziell ausgerichteten Außendienst oder durch Smart-Farming-Anwendungen. Auch hieraus kann eine Umgehung des Agrarhandels folgen.

Folie 13 Umgehung des Agrarhandels vorbeugen

Den Bestrebungen der Vorleistungsindustrie, bei ihrer Vorwärtsintegration den Agrarhandel zu umgehen, kann nur strategisch begegnet werden. Ich sehe dazu in erster Linie drei Handlungsfelder:

Erstens, der Agrarhandel muss die Digitalisierung im Hinblick auf seine Vertriebs-, Informations- und Servicefunktion vorantreiben. Die Forcierung des E-Commerces kann eine mögliche Antwort auf die zunehmenden Anforderungen der Landwirtschaft sein.

Zweitens muss der Agrarhandel sein Profil als umfassender Dienstleister der Landwirtschaft konsequent schärfen. Das setzt regionale Präsenz mit wettbewerbsfähigen Agrarstandorten voraus.

Dazu gehört auch, das Service- und Infrastrukturangebot im Hinblick auf die Unterstützung der Landwirtschaft entlang der Wertschöpfungskette von der Erzeugung bis zur Vermarktung aus einer Hand zu optimieren.

Drittens wollen wir die Marke „Raiffeisen“ durch einen einheitlicheren Markenauftritt weiter schärfen. Denn das ermöglicht eine stärkere Präsenz beim Kunden und damit eine bessere Marktbearbeitung. Wir möchten den guten Namen unseres Gründungsvaters als Qualitätsversprechen positionieren. In Bayern wurde mit der Gründung der Raiffeisen Bayern Marketing eG dazu eine wichtige Grundlage gelegt. Diese organisatorische Neuerung hilft uns, die gemeinschaftlichen Marketingmaßnahmen zu intensivieren und zu festigen.

Dies wird dazu beitragen, dass die Triebfederfunktion des genossenschaftlichen Warenhandels in Bayerns regionaler Wirtschaft erhalten bleibt.

Folie 14 **III. Die Situation der genossenschaftlichen
Milchwirtschaft und ihre Herausforderungen**

Folie 15 Auch die genossenschaftliche Milchwirtschaft ist für die regionalen Wirtschaftskreisläufe in Bayern von zentraler Bedeutung. Die Milchgenossenschaften in Bayern setzen jährlich über drei Milliarden Euro um. Damit sind sie gemessen am Umsatz die bedeutendste Gruppe der ländlichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften.

Genossenschaftlich organisierte Landwirte liefern den Rohstoff Milch an Molkereigenossenschaften, die dann die Veredelung und Vermarktung übernehmen. So gehen jährlich 60 Prozent der gesamten bayerischen Milchmenge entlang der Wertschöpfungskette durch genossenschaftliche Hände. Das entspricht in etwa fünf Millionen Tonnen Milch pro Jahr.

Allerdings werden die Bewährungsproben im Markt härter. Denn technischer Fortschritt und veränderte Marktrahmenbedingungen treiben den Strukturwandel in der Milchwirtschaft voran. Während im Jahr 1970 noch 1.035 Genossenschaften in der bayerischen Milchwirtschaft tätig waren, sind es

Anfang 2015 nur noch 163 Genossenschaften. Die Tendenz zur Konzentration und zur Bildung größerer Betriebseinheiten hält an. Seit zwei Wochen dürfen die Landwirte in Europa zudem ohne limitierende Strafzahlungen Milch produzieren. Die damit verbundenen Herausforderungen für die bayerischen Milchgenossenschaften werde ich im Folgenden erläutern.

Folie 16 Milchmarktteilnehmer zum Jahresbeginn 2015 in abwartender Haltung

In Deutschland wurde in den Jahren 2013 und 2014 ein im EU-Vergleich überdurchschnittliches Wachstum der Milcherzeugung verzeichnet. Die Anlieferung der deutschen Erzeuger an die milchwirtschaftlichen Unternehmen erreichte 2014 31,4 Millionen Tonnen (Bayern: 8,6 Millionen Tonnen). Das ist eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 Prozent.

Derzeit ist der Markt aufgrund der beendeten Milchquotierung in der EU und der angespannten geopolitischen Lage (Russland) vielfach von Unsicherheit und einer daraus folgenden abwartenden Haltung der Produzenten geprägt.

Angesichts des global steigenden Bedarfs an Milch und Milchprodukten bin ich aber überzeugt: Die Zukunftsaussichten für den Milchmarkt sind grundsätzlich positiv.

Meine Zuversicht gründet sich darauf, dass sich der Export der bayerischen Milcherzeugnisse im vergangenen Jahr auf einen Gegenwert von 1,3 Milliarden Euro summierte. Dem Russland-Embargo zum Trotz gewinnt der Export in Drittländer außerhalb der EU auch für die genossenschaftliche Milchwirtschaft als Absatzkanal weiter an Bedeutung. Ungeachtet dessen müssen die Möglichkeiten aber künftig noch stärker genutzt werden.

Folie 17

Sonderregelung zur Abrechnung der Superabgabe im letzten Milchwirtschaftsjahr 2014/2015 nicht notwendig

Mit dem Ende der Milchquotenregelung gehen nach Einschätzung vieler Marktbeobachter keine gravierenden Marktverwerfungen einher. Wir teilen diese Auffassung. Denn die niedrigen Milchpreise wirken einer starken Überproduktion entgegen. Die hohe Anlieferung in den Jahren 2013 und 2014 ist auf historisch hohe Weltmarktpreise und damit auf

entsprechende Gewinnerwartungen der Erzeuger zurückzuführen. Die Beendigung der Milchquotenregelung spielt deshalb nur eine untergeordnete Rolle.

Insbesondere große Erzeuger haben sich nämlich seit dem Jahr 2013 vermehrt so verhalten, als sei die Milchquote bereits ausgelaufen. Das Quotenende wurde faktisch antizipiert. Die bayerischen Milchbauern nutzen jetzt die Möglichkeit, ihre Betriebe individuell weiterentwickeln zu können.

Die EU-Kommission geht in ihren Marktprognosen davon aus, dass die EU-Milchanlieferung bis 2024 mit etwa 0,8 Prozent pro Jahr kontinuierlich steigt. Das erscheint uns realistisch. Dennoch hat Brüssel auf Vorschlag von Polen und Irland eine Sonderregelung zur Abrechnung der Superabgabe im Milchwirtschaftsjahr 2014/2015 erarbeitet (Stundungsregelung). Wir halten eine derartige Sonderregelung für nicht notwendig. Deswegen begrüßen wir die Haltung der Bundesregierung, keine Sonderregelungen für das letzte Quotenjahr einzuführen. Denn die Rahmenbedingungen jetzt zu ändern, schafft nur Unsicherheit beim Übergang von der Milchquote zur freien Marktwirtschaft.

Folie 18 *Andienungspflicht und Abnahmegarantie der genossenschaftlichen Molkereiunternehmen erhalten*

In den Satzungen der genossenschaftlichen Molkereiunternehmen ist die vollständige Andienungspflicht und Abnahmegarantie für die im landwirtschaftlichen Betrieb erzeugte und zum Verkauf bereitgestellte Milch vorgesehen. Diese Regelungen werden derzeit wieder verstärkt durch Vereinigungen kritisiert, die an Privatmolkereien liefern.

Dazu will ich ausdrücklich festhalten: Vor dem Hintergrund volatiler Milchmärkte bieten Molkereigenossenschaften ihren Mitgliedern durch die satzungsmäßige Andienungspflicht und Abnahmegarantie eine hohe Planungssicherheit. Darüber hinaus stehen sie mit den Landwirten im Dialog, um die Milchverarbeitung und -vermarktung vorausschauend zu planen. Wir werden deshalb an diesen im Markt bewährten Regelungen auch in Zukunft festhalten und die starke Position der genossenschaftlichen Milchwirtschaft in Bayern weiter ausbauen.

Marktschwankungen bleiben große Herausforderung

Aufgrund der fortschreitenden weltweiten Verflechtung des deutschen und europäischen Milchmarkts wird es jedoch unweigerlich zu stärkeren Schwankungen des Milchpreises kommen. Die gesamte Wertschöpfungskette – Landwirt und Molkerei – muss gemeinsame Strategien finden, um dieser Preisvolatilität zu begegnen.

Die politischen Akteure vor allem in Berlin sind gleichzeitig gefordert, den gesamten Milchsektor beim Übergang zu liberaleren Märkten zu unterstützen. Das heißt konkret, Erzeuger, aber auch Verarbeiter, nicht mit neuen starren gesetzlichen Vorgaben zu konfrontieren. Dabei ist klar, dass die Milchproduktion nur über längere Zeiträume und nur begrenzt zu flexibilisieren ist. Es braucht daher mehr strategische Weitsicht bei den Akteuren der Wertschöpfungskette (Produkte, Innovationen, Markterschließungspotenziale, technischer Fortschritt).

Betriebliches Risikomanagement weiterentwickeln

Mit der Neuausrichtung des europäischen Milchmarktes können genossenschaftliche Milcherzeuger in Zukunft ihre Produktionsmengen nach ihrer eigenen unternehmerischen Einschätzung bestimmen. Den Preisschwankungen am Milchmarkt muss die genossenschaftliche Milchwirtschaft in erster Linie durch ein starkes betriebliches Risikomanagement begegnen. Landwirte und Molkereien müssen das Risikomanagement als betriebswirtschaftlichen Prozess verstehen und weiterentwickeln. Die Kernbestandteile des Risikomanagements sind die Definition der Risikopolitik sowie die systematische Risikoidentifikation und die Bewertung, Steuerung und Kontrolle der eingegangenen Risiken.

Folie 19 **IV. Die bayerischen Energiegenossenschaften im Kontext der aktuellen politischen Diskussion zur Energiewende**

Meine Damen und Herren, was für die bayerischen Milchgenossenschaften gilt, muss auch für die

Folie 20 bayerischen Energiegenossenschaften gelten: Sie müssen eine Chance erhalten, sich am Markt bewähren zu dürfen. Dies gilt umso mehr, als die bayerischen Genossenschaften auch im Bereich der erneuerbaren Energien eine Triebfeder der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung sind.

Mit ihren rund 31.000 Mitgliedern sind sie bayernweit der wichtigste Akteur für eine von den Bürgern getragene und dezentrale Energiewende. Neben der Energieerzeugung stellen Genossenschaften vielfach die lokale Energie- und Wärmeversorgung sicher. Auch die gemeinsame Vermarktung von Strom durch die Genossenschaft spielt eine wachsende Rolle.

Folie 21 Wir beobachten aktuell jedoch, dass sich der politische Fokus bei der Energiewende verschiebt. Nicht mehr die Frage, wie erneuerbare Energieanlagen optimal gefördert und ausgebaut werden können, steht im Vordergrund. Vielmehr geht es darum, wie sich der Zubau an erneuerbaren Energien systemkompatibel in einen Strommarkt integrieren lässt. Diese Entwicklung begrüße ich! Klar muss aber auch sein: In der Vergangenheit getroffene politische Zusagen, auf deren Basis

Investitionsentscheidungen vorgenommen wurden, müssen eingehalten werden.

Als bayerische Genossenschaftsorganisation setzen wir uns in der laufenden Diskussion gleichzeitig für eine dezentrale, lastzentren- und bürgernahe Energieversorgung ein. Denn die Energiewende kann nur gelingen, wenn sie von der Gesellschaft in der Breite mitgetragen und folglich dezentral ausgerichtet wird.

Unter dieser Maßgabe sind auch die derzeit in der Diskussion stehenden Vorschläge für eine erneute Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 3.0) und die mögliche Einführung eines Kapazitätsmarkts in Deutschland zu bewerten. Diese würden insbesondere für kleine Energiegenossenschaften große Herausforderungen mit sich bringen. Denn eine Umstellung auf einen Kapazitätsmarkt bedeutet letztlich auch eine neue Vergütungssystematik für erneuerbare Energieerzeugung. Diese würde sich an der gesicherten Leistung der Anlagen orientieren. Bisher wird die Vergütung an dem in die Netze eingespeisten Strom bemessen. Es gibt gute Gründe, daran festzuhalten.

Unabhängig davon gilt jedoch: Die bayerischen Energiegenossenschaften sind gefordert, sich betriebswirtschaftlich auf die sich verändernden Rahmenbedingungen einzustellen. Eine Verstärkung der Stromeinspeisung durch die Bündelung der Energieerzeugung kann hier eine Antwort sein. Auch eine gemeinsame Vermarktung der Energieerzeugung kann ein gangbarer Weg sein – die Regionalstrom Franken eG ist hierfür ein erstes Beispiel.

Darüber hinaus ist aber auch die Politik gefordert. Sie muss insbesondere die grundsätzlichen Fragen beantworten, wie die Hierarchie der konventionellen Kraftwerke und erneuerbare Energieanlagen bei der Stromeinspeisung in Deutschland und Europa gestaltet und wie die Energiearten künftig vergütet werden sollen. Eine Antwort muss zudem auf die Frage gefunden werden, wer zukünftig die Verantwortung für die Bereitstellung von Energie zur richtigen Zeit, am richtigen Ort und mit der entsprechenden Leistung übernimmt. Bei all diesen Erwägungen sollte klar sein, dass eine dezentrale, regionale Energieerzeugung auch künftig dort

möglich bleiben muss, wo sie sich wirtschaftlich rechnet.

Im Rahmen des von der Bayerischen Staatsregierung durchgeführten und abgeschlossenen „Energiedialogs Bayern“ haben wir die genossenschaftlichen Interessen in den politischen Prozess eingebracht. Nun geht es auch in der bundespolitischen Debatte darum, die Bedeutung der Energiegenossenschaften für das Gelingen der Energiewende aufzuzeigen und verlässliche Rahmenbedingungen für unsere Mitgliedsunternehmen zu erhalten. Die bayerischen Energiegenossenschaften brauchen Planungssicherheit, damit sie dauerhaft zu einer funktionierenden Energieversorgung im Freistaat beitragen können.

Folie 22 **V. Die Rechnungslegungsvorschriften für kleine und mittlere Unternehmen in Bayern**

Meine Damen und Herren, verlässliche Rahmenbedingungen sind darüber hinaus an einer ganz anderen Stelle wichtig – bei den Rechnungslegungsvorschriften für mittelständische

Folie 23

Unternehmen in Bayern. Denn hier sehe ich derzeit eine konkrete Gefahr für den Mittelstand und damit auch für unsere fast 1.300 Mitgliedsunternehmen. Was ich damit meine, möchte ich zum Abschluss meines Vortrags erläutern.

Kleine und mittelständische Unternehmen legen vornehmlich nach dem deutschen Handelsgesetzbuch (HGB) Rechnung. Ihr Einzelabschluss folgt seit jeher dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip und ist fest im deutschen Rechts- und Wirtschaftssystem verankert. Der Gläubigerschutz und die Ausschüttungspolitik des Unternehmens stehen im Vordergrund. Denn schließlich legt der ordentliche Kaufmann mit dem HGB-Abschluss Rechenschaft über das ihm anvertraute Kapital und dessen leistungswirtschaftliche Verwendung ab.

Dagegen ist es die Zielsetzung der International Financial Reporting Standards (IFRS), den Kapitalmarktakteuren finanzwirtschaftliche Informationen für deren Anlageentscheidungen bereit zu stellen. Deshalb stützt sich die IFRS-Rechnungslegung hauptsächlich auf volatile Marktbewertungen und berücksichtigt

Fundamentalprinzipien wie „Verlässlichkeit“ und „Vorsicht“ nicht ausreichend. Somit ist die Rechnungslegung nach IFRS vor allem für die Zusatzabschlüsse großer, börsennotierter Konzerne geeignet.

Vor diesem Hintergrund betrachte ich mit großer Skepsis die Arbeit des Londoner Standardsetzers „International Accounting Standards Board (IASB)“. Dieser bewirbt seit geraumer Zeit verstärkt die Anwendung einer „schlanken Version der IFRS“, die IFRS für kleine und mittelständische Unternehmen („IFRS for SMEs“).

Der Sinn dieser Pläne ist für mich nicht nachvollziehbar. Denn die IFRS für kleine und mittlere Unternehmen bieten keinen Vorteil gegenüber der gängigen HGB-Rechnungslegung. Sie sind kein geschlossenes Regelwerk. Der betroffene Betrieb müsste die rund 230 Seiten der „IFRS for SMEs“ gesondert durcharbeiten, aber den Abschluss dann dennoch in enger Anlehnung an die vollständigen IFRS erstellen. Das ist nicht das, was ich mit dem Begriff Effizienz verbinde. Von den bereits geschilderten inhaltlichen Bedenken ganz abgesehen. Zumal auch die „IFRS for SMEs“ – wie

die vollständigen IFRS – als branchenunabhängiger und kapitalmarktorientierter Rechnungslegungsstandard konzipiert sind. Damit sind sie für die kleinen und mittelständischen Unternehmen in Deutschland völlig ungeeignet.

Das sieht im Übrigen auch die EU-Kommission so, die sich kürzlich im Rahmen des Grünbuchs zur Kapitalmarktunion gegen Full-IFRS für kleine und mittlere Unternehmen ausgesprochen hat. Diese Position begrüße ich! Deswegen setze ich mich für den Erhalt des bewährten deutschen Handelsrechts ein – auch weil es weitaus differenzierter vorgeht. Es existieren beispielsweise spezielle Regelungen für Genossenschaften, die größenabhängig modifiziert werden. Die IFRS scheren hingegen alle Unternehmen unabhängig von ihrer Rechtsform und Branche über einen Kamm. Insbesondere die „IFRS for SMEs“ bedrohen dadurch die genossenschaftliche Bilanzierungswelt und letztlich die genossenschaftlichen Geschäftsmodelle. Denn Genossenschaften sind nicht kapitalmarkt-, sondern mitgliederorientiert. Wir lehnen die Ansätze zur Schaffung von IFRS für kleine und mittelständische Unternehmen deshalb kategorisch ab. Einer

schleichenden Ausweitung der IFRS-Rechnungslegung im deutschen Mittelstand muss vielmehr frühzeitig entgegengewirkt werden.

Meine Damen und Herren, die bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften im Freistaat sind Triebfeder für die regionale Wirtschaftsentwicklung in Bayern. Diese Funktion gilt es zu erhalten. Die bayerischen Genossenschaften stellen sich auf die zahlreichen wettbewerblichen und regulatorischen Herausforderungen immer wieder neu ein. Damit sie ihre Aufgaben aber dauerhaft erfolgreich erfüllen können und ihren Beitrag zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung leisten können, müssen auch die politischen Rahmenbedingungen stimmen. Hier sind Entscheidungsträger in Land, Bund und Europa gefordert. Sie müssen den Ordnungsrahmen stärker an den Bedürfnissen der regionalen Wirtschaft ausrichten. Was dazu konkret nötig ist, habe ich in meiner Rede anklingen lassen. Gerne können wir die genannten Punkte und weitere Fragen nun im Gespräch vertiefen.

Folie 24 Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!